

14. Beratung: Grundsatzbeschluss über die Teilnahme am Sonderaufruf des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur [BMVI] zum Breitbandausbau von unterversorgten Krankenhäusern und Kliniken im Landkreis Oder-Spree durch Umsetzung einer Infrastrukturmaßnahme [Ausbau eines leistungsfähigen Telekommunikationsnetzes der nächsten Generation [Next Generation Access (NGA)]
Vorlage: 014/2019
15. Sonstiges

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Pech stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wurde zugestimmt.

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 28.01.2019

Das Protokoll wurde bestätigt.

Zu TOP 4 Beratung: Rettungsdienstgebührensatzung 2019 Vorlage: 005/2019

Hr. Buhrke führte kurz in die Beschlussvorlage ein. Die Rettungsdienstgebühren sind jährlich zu kalkulieren. Die Satzung liegt den Krankenkassen zur Abstimmung vor; bislang erfolgte noch keine Reaktion (Grund: personelle Probleme bei den Krankenkassen). Der Landkreis rechnet mit keinen Einwendungen. Herr Buhrke wies auf die nicht kalkulationsfähigen Kosten hin (Vollstreckung, nicht einbringbare Forderungen), die durch den Landkreis zu tragen sind. Daraus ergibt sich für den Landkreis pro Jahr ein Zuschussbedarf von ca. 50 T€.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 Beratung: Gewährung einer Zuwendung an die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH im Jahr 2019 zum Kauf einer dritten Straßenbahn vom Typ Artic Tram (siehe KT-Vorlagen 008/2018 und 047/2018) zur Herstellung der Barrierefreiheit nach §3 Abs. 3 des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes im Straßenbahnbetrieb Vorlage: 013/2019

Herr Hellmich führte in die Vorlage ein und erläutert die Situation der Straßenbahn GmbH. Die Gemeinden Rüdersdorf und Schöneiche sowie die Landkreise MOL und LOS beteiligen sich finanziell gemeinsam in unterschiedlicher Höhe. Damit ist die Finanzierung insgesamt gesichert. Diese Bahn ist notwendig und sichert die Barrierefreiheit vor 2022. Da dieser „Bahntyp“ schon angeschafft wurde, ergeben sich Vorteile bei der Beschaffung von Ersatzteilen u.a. (baugleiche Fahrzeugflotte).

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 6 Beratung: Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII
Vorlage: 006/2019**

Frau Zarling begründete die Notwendigkeit der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung. Die Vereinbarung müssen 18 Gebietskörperschaften unterschreiben. Es ergaben sich keine Nachfragen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 7 Beratung: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste im Landkreis Oder-Spree und Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe - Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt - im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 008/2019**

Frau Zarling stellte die Richtlinie anhand einer Präsentation vor. Die Förderbereiche sind auskömmlich finanziert. Der Entwurf der Richtlinie wurde mit der Kleinen Liga abgestimmt; durch die Liga wurde ein positives Votum angegeben. Für den Landkreis wird es keinen finanziellen Mehraufwand geben. Es wird zu Verschiebungen bei den Angeboten kommen durch eine neue Prioritätensetzung. Sinkende Bedarfe erfordern ein Nachsteuern. Derzeitig läuft die Datenerhebung und es erfolgen Abstimmungen mit den Anbietern.

Es erfolgten Nachfragen zur Finanzierung des Personals. Die Richtlinie enthält ein Besserstellungsverbot, so dass die Mitarbeiter bei freien Trägern nicht mehr verdienen dürfen als im öffentlichen Dienst gezahlt wird.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 8 Beratung: Förderrichtlinie des Landkreises zur Gewährung einer Studienbeihilfe für Medizinstudenten
Vorlage: 009/2019**

Herr Stellke erläutert diese neue Förderrichtlinie unter Zuhilfenahme einer Präsentation. Anhand dieser wird die Konkurrenzsituation zu den anderen Landkreisen deutlich und die Bindungsfrist der Studenten an den Landkreis über 3,5 Jahre ist dadurch nachvollziehbar. Hinzu kommt, dass diese Bindungsfrist rechtlich (wahrscheinlich) das Maximum darstellt. Ziel ist es, (ost)deutsche Studenten, die im Ausland studieren, wieder zurück zu gewinnen.

Herr Dr. Zeschmann stellte mehrere Anfragen, die größtenteils beantwortet wurden.

Herr Dr. Pech verwies abschließend auf die Diskussion im Fachausschuss.

Herr Buhrke ergänzte, dass die erforderlichen finanziellen Mittel nicht Bestandteil des Planentwurfs 2019 sind. Die Deckung des Finanzbedarfs erfolgt im Rahmen der Haushaltsdurchführung.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 9 Beratung: Aufstellen von Kreisgrenzschildern/Willkommensschildern
Vorlage: 2/Mitglieder KT/2019**

Herr Buhrke wies darauf hin, dass der Antrag im Ordnungsausschuss und Bauausschuss behandelt wurde und in beiden Ausschüssen breite Zustimmung fand. Für die Aufstellung der Schilder an Bundes- und Landesstraßen ist eine Zustimmung erforderlich. Die Umsetzung der Maßnahme kann im laufenden Jahr ohne eine Änderung des Haushaltsplanes realisiert werden. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel erfolgt über die Bewilligung einer überplanmäßigen Aufwendung (ca. 20 Schilder x 500 €).

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 10 Beratung: Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Schulsporthalle Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt
Vorlage: 010/2019**

Frau Franz erläuterte kurz die Beschlussvorlage. Der Schulstandort ist langfristig gesichert. Es wird aufgezeigt, dass es sich nur um eine Grundsanie rung handelt, da die Sporthalle ein Denkmal ist. Damit ist ein Neubau keine Alternative. Die Mittel für die Sanierung i.H. v. 1.060 T€ sind im Planentwurf enthalten.

Herr Dr. Zeschmann bat um eine Erläuterung der Baukosten. Herr Umbreit wies darauf hin, dass im zuständigen Fachausschuss eine ausführliche (Bau)präsentation erfolgte. Herr Dr. Zeschmann erhält bis zum Kreistag die in der Präsentation enthaltene Übersicht über die Baukosten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 11 Beratung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 007/2019**

Herr Buhrke trägt vor, dass alle Fachausschüsse einstimmig für den Planentwurf 2019 votiert haben. Er informiert über die Veränderungen bei den Finanzausweisungen, die zu Mindererträgen im Planentwurf 2019 von 837 T€ führen. Diese Mindererträge sollen in der Haushaltsdurchführung kompensiert werden. Darüber hinaus stellte er die Finanzbedarfe dar, die noch nicht Bestandteil des Planentwurfs 2019 sind und informierte über den Stand der Bewilligung der Fördermittel für die Beschaffung von Fahrzeugen für Brand- und Katastrophenschutz. Die dafür verwendete Präsentation wurde den Mitgliedern des Finanzausschusses am 19.3.2019 per Mail zugesandt.

Herr Buhrke informierte weiterhin darüber, dass seitens der Gemeinden keine Einwendungen gegen den Planentwurf 2019 erfolgt sind. Es liegt eine Stellungnahme der Stadt Beeskow vor, die am 18.3.2019 beim Landkreis eingegangen ist. Die Stellungnahme wurde am gleichen Tag allen Abgeordneten per Mail zugesandt. Gemäß Rücksprache mit dem Bürgermeister Herrn Steffen handelt es sich hierbei um keine Einwendung im Sinne des § 129 BbgKVerf. Die im Schreiben enthaltenen Fragen wird die Verwaltung bis zur Kreistagssitzung beantworten.

Es folgte eine angeregte Diskussion, in der Herr Dr. Zeschmann gegen die Kreisumlage generell plädierte, die Richtlinie zur Unterstützung der Kommunen ablehnte, die Umsetzung des geplanten Investitionsvolumen in Frage stellte, den Kassenbestand als zu hoch einstuft, die Notwendigkeit der Höhe der Rücklagen anzweifelte.

Herr Umbreit äußerte Verständnis für die Kommunen, möglichst wenig Kreisumlage zahlen zu wollen, plädierte aber für eine stabile Kreisumlage.

Herr Buhrke wies darauf hin, dass die Richtlinie ein Auftrag des Kreistages aus der Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2018 ist, den es galt umzusetzen. Weiterhin führte er aus, dass die liquiden Mittel, die derzeit noch hoch sind, nicht für alle geplanten Investitionen ausreichen werden. Im Planentwurf sind z.B. noch nicht die Investitionen für die Schulneubauten in Erkner und Schöneiche enthalten.

Herr Pech warb dafür, sich wieder mit Inhalten des Haushaltes zu befassen und nicht immer nur über die Kreisumlage zu diskutieren und die hohen Rücklagen/Kassenbestände anzuprangern.

Die Bauverzögerungen führen lediglich dazu, dass das Geld später ausgegeben wird.

Hinsichtlich der Zulässigkeit der Bildung von Rücklagen verweist Herr Buhrke auf das DOMBERT-Gutachten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 12 Beratung: Richtlinie des Landkreises Oder – Spree über die Gewährung von Zuweisungen zur Unterstützung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter bei der Realisierung von unabweisbaren Investitionen und wesentlichen Instandsetzungsmaßnahmen (Richtlinie zur Unterstützung der Kommunen)
Vorlage: 002/2019**

Die Richtlinie wurde kurz von Herrn Buhrke erläutert. Schon der Name sei Programm. Die Richtlinie hat „kleine“ Maßnahmen zum Gegenstand. Über große Maßnahmen, wie z.B. Radwege und Breitbandausbau soll mit der jährlichen Haushaltsplanung entschieden werden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich bei der Inanspruchnahme der Richtlinie eine rege Nachfrage ab.

Herr Dr. Zeschmann sagt, dass die Richtlinie von den Bürgermeistern und Amtsdirektoren abgelehnt wird. Nach seiner Auffassung ist der Betrag von 1 Mio € für eine echte Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion zu gering und sollte auf 10 Mio € erhöht werden.

Herr Buhrke erwiderte, dass die Gemeinden keine große Umverteilung wünschen und die Höchstbegrenzung auf 1 Mio € auf Wunsch der Kommunen erfolgte. Große Infrastrukturmaßnahmen sollen einzeln mit den Gemeinden abgestimmt werden.

Zum Abschluss der Diskussion verwies Herr Dr. Pech auf die durch den Kreistag beschlossenen Leitziele für die ländliche Entwicklung. Er bewertet die Richtlinie als einen ersten Schritt in diese Richtung.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 13 Änderung der Richtlinie zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Fraktionen und der kommunalpolitischen Fortbildung im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 016/2019**

Herr Buhrke begründete die Notwendigkeit für die Änderung der Richtlinie. Hierbei handelt es sich um eine Anregung aus dem Kreistag. Mit der Änderung wird eine angemessene Finanzierung der Fraktionsarbeit erreicht. Der LOS befindet sich damit im oberen Drittel im Vergleich mit den anderen Landkreisen im Land Brandenburg. Sollte es demnächst eine Landesregelung geben, ist diese in die Richtlinie einzuarbeiten. Die finanziellen Auswirkungen sind durch den Kreishaushalt zu tragen. Herr Dr. Pech wies darauf hin, dass die alte Richtlinie seit 15 Jahren gültig ist.

Die Änderung der Richtlinie wurde von den Ausschussmitgliedern begrüßt. Herr Dr. Zeschmann bezeichnete die Änderung als notwendig für die ehrenamtliche Tätigkeit und hielt die neue Finanzierungsbeträge für richtig und angemessen.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 14 Beratung: Grundsatzbeschluss über die Teilnahme am Sonderaufruf des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur [BMVI] zum Breitbandausbau von unterversorgten Krankenhäusern und Kliniken im Landkreis Oder-Spree durch Umsetzung einer Infrastrukturmaßnahme [Ausbau eines leistungsfähigen Telekommunikationsnetzes der nächsten Generation [Next Generation Access (NGA)]
Vorlage: 014/2019**

ohne Abstimmung

Zu TOP 15 Sonstiges

Kein Bedarf.

gez.

Dr. Artur Pech

Vorsitzender des
Ausschusses für Haushalt
und Finanzen

gez.

Hariett Wellmer

Schriftführerin